

**Achtung! Achtung! Achtung!**  
**Terminberichtigung!**

Die BO-Vertreterversammlung beginnt am **7.04.2010 wie immer 18.00 Uhr** und nicht wie in Ausgabe 5/10 angekündigt 17.00 Uhr.  
Die Redaktion

# Linkes Blatt **DIE LINKE.**

6. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

30. März 2010

## Regionalkonferenz DIE LINKE am 17. April 2010

Liebe Genossinnen und Genossen, in gut einem Jahr sind Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Der Landesparteitag hatte bereits im November 2009 sehr selbstbewusst unsere Zielstellung formuliert: Wir streiten für einen Politikwechsel in Sachsen-Anhalt, wir wollen die CDU aus der Landesregierung ablösen. Aber wir wissen auch, dass dies alles keine Selbstverständlichkeiten sind. Gemeinsam müssen wir uns sehr intensiv auf diese Herausforderungen vorbereiten.

Im Zeitraum April bis Juni 2010 werden in allen fünf Regionen des Landesverbandes durch den Landesvorstand und die jeweiligen Stadt- und Kreisvorstände Konferenzen durchgeführt, zu denen wir Euch alle sehr herzlich einladen.

Die Regionalkonferenz Südliches Sachsen-Anhalt findet statt am Samstag, dem 17. April 2010, 10.00 Uhr, in 06122 Halle, KulturTREFF Halle-Neustadt, Am Stadion 6.

Landesvorstand und Landtagsfraktion haben bereits mit der Arbeit an ersten Schwerpunkten für unser Landtagswahlprogramm begonnen. Eine Arbeitsgruppe soll bis zum Sommer einen ersten Text-

entwurf zur innerparteilichen Diskussion vorlegen. Wir möchten die Regionalkonferenzen nutzen, um mit Euch sehr frühzeitig über unser inhaltliches Profil in dieser Wahlauseinandersetzung und unsere Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode 2011 - 2016 zu diskutieren.

In einem zweiten Teil wird es um das neue Grundsatzprogramm gehen. Am 20. März 2010 ist der Entwurf für unser neues Parteiprogramm öffentlich vorgestellt worden. Wir alle sind aufgerufen, uns

an dieser für die Partei zentralen Debatte zu beteiligen. Die Regionalkonferenzen sollen dafür einen ersten Impuls geben.

Wir bitten Euch, von dieser Möglichkeit des Informations- und Erfahrungsaustausches regen Gebrauch zu machen und freuen uns auf eine spannende Veranstaltung. Die Regionalkonferenz steht selbstverständlich allen interessierten Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten offen.

Mit solidarischen Grüßen

Matthias Höhn  
Landesvorsitzender

Swen Knöchel  
Stadtvorsitzender Halle

Jürgen Butzkies  
Sprecher Saalekreis

Gunter Schneider  
Kreisvorsitzender Burgenlandkreis

### Folgender Ablauf ist geplant:

- 10.00 Uhr Begrüßung durch den Landesvorsitzenden, Matthias Höhn
- 10.15 Uhr Rede des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Wulf Gallert
- 11.00 Uhr Diskussion
- 12.30 Uhr Pause
- 13.00 Uhr Vortrag der stellv. Landesvorsitzenden und Mitglied der Programmkommission, Birke Bull
- 13.30 Uhr Diskussion
- 14.50 Uhr Schlusswort

## An die Mitglieder der Partei DIE LINKE

Brief der Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten Euch bitten, bei der von neun Landesverbänden aus Ost und West beantragten Urabstimmung über die neue Struktur unserer Parteispitze und eine spätere Urabstimmung zum Parteiprogramm jeweils mit Ja zu stimmen.

Das vorgeschlagene Führungsmodell ist das Ergebnis intensiver Beratungen von Parteivorstand und den Landesvorsitzenden unter der Moderation von Gregor Gysi. Diese Beratungen waren notwendig geworden, nachdem der krankheitsbedingte Verzicht Oskar Lafontaines auf eine erneute Kandidatur zum Parteivorsitz in den Medien als Zeichen einer schweren Krise unserer Partei gedeutet wurde und erheblicher Schaden für die Partei, auch angesichts der bevorstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, zu befürchten war. Hinzu kamen der frühere Verzicht auf eine erneute Kandidatur von Lothar Bisky und der

spätere Verzicht von Dietmar Bartsch.

Wir haben in diesen Tagen lernen müssen, dass der Vereinigungsprozess unserer jungen Partei noch nicht so weit vorangeschritten ist, wie wir uns das alle wünschen.

Umsomehr war es notwendig, eine Führungsstruktur vorzuschlagen, die die Pluralität unserer Partei ausdrückt und gleichzeitig das notwendige Maß an Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit gewährleistet. Es kommt jetzt darauf an, den Vereinigungsprozess noch energischer voranzutreiben und vorhandenes Misstrauen durch das sichtbare Zusammenwirken von Personen, die die unterschiedlichen Kulturen und historischen Erfahrungen unserer Partei widerspiegeln, zu überwinden. Von größter Bedeutung ist auch, dass das gleichberechtigte Zusammenwirken von Frauen und Männern an der Spitze unserer Partei mit diesem Vorschlag zum Satzungsprinzip erhoben wird. Wir wissen, dass

einzelne Elemente dieses Strukturvorschlags von manchen kritisch gesehen werden. Das ist öfter so bei einem Kompromiss. Dieser Kompromiss will die Weiterentwicklung unserer Partei voranbringen.

Ihr werdet - wie wir - festgestellt haben, dass unsere Partei nach Erreichen dieses Kompromisses zur Handlungsfähigkeit zurückgefunden hat und diese sowohl in ihrem Kampf gegen den Afghanistankrieg als auch bei der Verhinderung des Naziaufmarsches in Dresden eindrucksvoll bewiesen hat. Auf diesem Weg wollen wir nun mit einem Erfolg bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und auf unserem anschließenden Bundesparteitag weiter vorankommen.

Wir bitten Euch, dem vorgeschlagenen Strukturmodell insgesamt Eure Zustimmung zu geben.

Lothar Bisky Oskar Lafontaine



Zur Ehrung der Märzgefallenen von 1920 und 1921 hatte der Arbeitskreis Gedenkstätten/Gedenktage am 23.03.2010 traditionsgemäß auf den Friedhof Ammendorfe eingeladen. Swen Knöchel, Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE Halle (S.), erinnerte in seiner Rede vor ca. 30 Genossinnen und Genossen an die Geschehnisse.

**Der Stadtverband Halle erklärt seine Solidarität mit dem Genossen Andre Hahn, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im sächsischen Landtag, im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden.**

Lieber Genosse Andre Hahn, Deine Haltung zum Versuch der Staatsanwaltschaft Dresden friedlichen Protest gegen Rechte Gewalt zu kriminalisieren, unterstützen wir voll und ganz. Wir versichern Dir unsere Unterstützung und Solidarität. Wir finden, dass Du mit Deiner Erklärung vom 19.03.2010 gegenüber der Staatsanwaltschaft Dresden die richtigen Worte gefunden hast.

In einem Land, in der eine der blutigsten Diktaturen der Menschheit ihren Ursprung nahm, muss es legitim sein, gegen deren Nachfolger Protest zu manifestieren.

Mit solidarischen Grüßen  
Stadtverband DIE LINKE Halle  
(Saale)  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)

## **Keine Zustimmung zur „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“**

Im Mai 2009 wurde mehrheitlich im Stadtrat eine „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft“ beschlossen. Nun liegt wieder ein neuer Entwurf zur Abstimmung im Stadtrat vor, weil es inzwischen nach einer Gesetzesänderung zum §90 SGB VII möglich ist, eine Geschwisterermäßigung vorzunehmen. Die Verwaltung hatte sich verpflichtet, nach der eingetretenen Gesetzesänderung sofort zu handeln!

Dennoch kann dieser Entwurf der Verwaltung von der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) nicht angenommen werden. Eine wirkliche Entlastung der Eltern erfolgt nach dieser Vorlage nicht, im Gegenteil wurden wieder höhere Gebühren angesetzt. Wir unterstützen dabei den Vorschlag des Stadtelternrates, die geplante Ermäßigung von 20% für

das zweite und 50% für das dritte Kind nicht umzusetzen, sondern die „alte“ Regelung mit einer Ermäßigung von 33% für das zweite und 66% für das dritte Kind wieder einzuführen.

Eine Kappungsgrenze von 260 Euro für die Betreuung von mehreren Kindern unterstützen wir.

Die vorgeschlagene Ermittlung des Kostendeckungsbeitrages wird von der Fraktion nicht getragen, ebenso der Automatismus, dass unabhängig vom Stadtrat die Gebührentabelle erstellt und den Eltern einfach so vorgelegt wird.

Die erneute Erhöhung der Gebühren ist nicht nur familienunfreundlich, sondern auch finanziell kontraproduktiv. Steuererleichterungen für Familien, so z.B. auch die Erhöhung des Kindergeldes, würden so von der Stadt den Eltern wieder abgenommen.

gez. Dr. Bodo Meerheim    gez. Ute Haupt  
Vorsitzender der Fraktion    Sprecherin Jugend/ Soziales/ Gesundheit

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de  
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g  
Auflage: 650 Exemplare

#### **Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
25.03.2010  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 08.04.2010

Neue Stadträtin

### **Birgit Leibrich als neue Stadträtin begrüßt**

Unsere bisherige Stadträtin, Katharina Rommel, ist in das Saarland gezogen, weil sie nach ihrem erfolgreichen Studium hier leider nicht die berufliche Perspektive gefunden hat, die sie sich vorstellte. Wir danken Katharina für ihr Engagement und ihre Arbeit im Bildungs-, Kultur- und Ordnungsausschuss der Stadt Halle (Saale).

Birgit Leibrich hat das Mandat als Stadträtin in unserer Fraktion angenommen. Sie ist seit dem 1. März Stadträtin und wird im Kultur- und Ordnungsausschuss tätig werden.

Herzlich willkommen!

## DIE LINKE gestalten - Mitgliederentscheid nutzen!

Auf Initiative mehrerer Landesverbände unserer Partei, darunter auch der Landesvorstand Sachsen-Anhalt, findet vom 22. März 2010 bis 23. April 2010 ein Mitgliederentscheid statt. Jedes Mitglied erhält per Post die dafür notwendigen Abstimmungsunterlagen und Materialien. Das Abstimmungsverfahren ähnelt dabei der Briefwahl bei Bundestags- oder Landtagswahlen: Der Abstimmungschein wird in den dafür mitgesendeten Umschlag gesteckt, der in den Rücksendeumschlag gepackt wird. Die zurück gesendeten Abstimmungsunterlagen werden in der Landesgeschäftsstelle gesammelt und schließlich zur Auszählung an die Bundesgeschäftsstelle weitergeleitet. Die Details zur Abstimmung und Rücksendung werden auf der Basisvertreterberatung am 7. April ausführlicher erläutert. Soweit zu den organisatorischen Belangen des Mitgliederentscheides.

Nun zu den inhaltlichen:

Der Parteivorstand hat am 26. Januar 2010 einen Vorschlag für die personelle Besetzung des Geschäftsführenden Parteivorstands unterbreitet, der zwei Parteivorsitzende, vier stellvertretende Parteivorsitzende, zwei GeschäftsführerInnen und zwei Mitglieder mit besonderen Aufgaben für die Parteibildung vorsieht. Um diesen Vorschlag wählbar zu machen, ist eine Änderung der Satzung notwendig. Diese Änderung ist durch einen Parteitagsbeschluss oder eben durch einen Mitgliederentscheid möglich.

Der Personalvorschlag und gleichermaßen der Strukturvorschlag sind in den vergangenen Wochen in unserer Partei sehr intensiv und

auch sehr kontrovers diskutiert worden. Der Parteitag im Mai steht damit unter großem Druck: Sollten die mit dem Personalvorschlag notwendigen Satzungsänderungen auf dem Parteitag keine Mehrheit finden, müsste

vor Ort und unter zeitlichem Druck eine für eine Zweidrittelmehrheit der Delegierten tragfähige Alternative, strukturell und gegebenenfalls auch personell, gefunden werden. Dass das gelingen könnte, scheint angesichts der weit auseinandergehenden Haltungen in den Landesverbänden unwahrscheinlich. Das ist der Ausgangspunkt der Initiative der Landesverbände für einen Mitgliederentscheid. Die Haltungen der Landesverbände darüber, wie eine solche Urabstimmung konkret aussehen sollte, gingen weit auseinander:

Wann sollte abgestimmt werden? Wie sollten welche Fragen gestellt werden?

An welcher Stelle sollten die Änderungen der Satzung erfolgen - in den Übergangsbestimmungen oder im Hauptteil?

Sollten die Parteibildungsbeauftragten in die Satzung aufgenommen werden oder nicht?

Das Ziel unseres Landesverbandes wäre eine Klärung der Satzungsfragen vor dem Parteitag und vor der heißen Wahlkampfphase in

Nordrhein-Westfalen. Andererseits wollten wir in einer Ost-Westübergreifenden Initiative die Voraussetzungen dafür schaffen, dass

die wie auch immer ausfallenden Entscheidungen von der gesamten Basis getroffen werden um damit ein Stück Souveränität und innerparteiliche Demokratie zurück zu ge-

winnen und den Parteitag in Rostock auf eine solide Basis zu stellen. Unser ausdrückliches Ziel war dabei eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Änderungen der Satzung. Dieses Ziel konnten wir leider nicht erreichen, die Mehrheit der einbringenden Landesverbände hat diese Frage anders bewertet. So waren wir in der Situation, zwischen den Alternativen „Kein Mitgliederentscheid auf Initiative der Landesverbände“ und „Mitgliederentscheid vor dem Parteitag, Satzungsänderungen in den Übergangsbestimmungen, kein Satzungsrang der Parteibildungsbeauftragten und Festlegung auf einen weiteren Mitgliederentscheid über das Parteiprogramm im Jahr 2011 - aber gemeinsame Abstimmung über die Fragen doppelter Vorsitz, doppelte Geschäftsführung und zwei Parteibildungsbeauftragte ohne Satzungsrang“ zu entscheiden. Der Landesvorstand diskutierte diese Situation ausführlich und entschied sich mehrheitlich für die zweite Variante. Ich weiß, dass die gemeinsame Abstimmung über so schwerwiegende Entscheidungen





gen eine komplizierte Abstimmungssituation ist. Insbesondere in Bezug auf die doppelte Geschäftsführung und die Parteibildungsbeauftragten haben viele Genossen und Genossinnen, ich schließe mich da ein, große und ernst zu nehmende Bedenken und Einwände. Sie müssen die schwierige Entscheidung treffen, entweder für oder gegen alle Satzungsänderun-

gen zu sein und die unterschiedlichen Argumente für sich selbst gewichten. Sollten die Mitglieder sich in der Abwägung dieser Frage mehrheitlich gegen den Vorschlag entscheiden, wäre, im Unterschied zu einer Abstimmung, erst auf dem Parteitag, Zeit und Möglichkeit, Alternativvorschläge zu entwickeln. Diese Entscheidung kann nur jedes Mitglied für sich selbst treffen.

Deshalb werbe ich nicht für Eure Zustimmung zum Strukturvorschlag. Ich werbe um Eure Beteiligung am Mitgliederentscheid, um so die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bundesparteitag im Mai und eine wirksame Politik der LINKEN im Bund und in den Ländern zu schaffen!

Henriette Quade,  
stellv. Landesvorsitzende

## April 1945: Kriegsende und Befreiung vom Hitlerfaschismus

Am 12. April 1945 durchführten die Panzer der 3. Panzerdivision und die LKW der 104. Infanterie-Division der US-Army aus Richtung Nordhausen kommend die Goldene Aue, eroberten Sangerhausen, Eisleben und Hettstedt und hielten in Sichtweite der Saale an. Damit waren am 12. April im Westteil des heutigen Sachsen-Anhalts der Krieg und die Nazi-Herrschaft zu Ende.

Halle war voller Wehrmacht und SS. Die Stadt wurde belagert. Dass sie nicht bombardiert und erstürmt wurde, verdankt sie verschiedenen Gruppen mutiger Bürger und Graf Luckner, die mit der amerikanischen Seite über eine friedliche Übergabe sprachen sowie besonders dem amerikanischen Befehlshaber General Allen. Ohne größere Zerstörungen wurde Halle am 19. April besetzt.

Magdeburg wurde zur Festung erklärt, deshalb durch die Amerikaner am 17. April schwer beschossen und bombardiert.

Im Raum Dessau versammelten sich Reste der Wehrmacht, Kolonnen der SS, Volkssturm und HJ-Brigaden, um für „Führer, Volk und Vaterland“ bis zum „Endsieg“

zu kämpfen und zu sterben. Teile dieser Armee leisteten bis zum 7. Mai unsinnigen Widerstand. Was für eine Verbohrtheit, was für ein Verbrechen!

In den besetzten Gebieten organisierten Militär-Kommandanten das Leben der Zivilbevölkerung mittels Befehlen. Sofort verboten wurden die NSDAP und ihre Gliederungen einschließlich HJ und BDM sowie das Zeigen ihrer Symbole. Besondere Einheiten der US-Army suchten nach Nazi-Größen und SS-Leuten, verbrachten sie in Internierungslager und vor das Militärgericht. Die Verbrecher sollten bestraft werden. Die Amerikaner begannen in ihrer Besatzungszone mit der Befreiung des deutschen Volkes von der Nazi-Herrschaft und deren Machthabern. In kurzer Zeit wurden die „Spitzen“ der Verwaltung, der Polizei und der Wirtschaft „entnazifiziert“. Neue Landräte, neue Polizeiführer, neue Bürgermeister wurden nach Prüfung durch den Geheimdienst C.I.C. durch den Kommandanten ernannt. In Eisleben trafen die Amerikaner bei ihrem Einmarsch bereits auf einen antifaschistischen Bürgerausschuss, deren Leiter Robert

Büchner sie als Bürgermeister von Eisleben bestätigten.

In vielen Gemeinden des Mansfelder Landes gab es antifaschistische Ausschüsse und so bestätigten die Amerikaner auch einen kommunistischen Landrat (Otto Gotsche)!

Im östlichen Teil Sachsen-Anhalts, an der Elbe bei Torgau (Torgau lag damals in Sachsen-Anhalt - Anm. der Red.), trafen sich am 24. April Einheiten der US-Army und der Roten Armee.

Am 9. Mai 1945 mussten die Vertreter Hitler-Deutschlands in Berlin die bedingungslose Kapitulation vor den Vertretern der Siegermächte unterschreiben. Nun war das Ende Hitler-Deutschlands besiegelt!

Die amerikanische Besetzung dauerte in Sachsen-Anhalt bis zum 30.06.1945.

Mit dem Einmarsch der Roten Armee und dem Aufbau der SMAD begann ein neuer Abschnitt der Entnazifizierung.

G. Nau

## Aus der letztem Stadtratssitzung am 24.03.2010

Die Tagesordnung des Stadtrates wurde um wichtige Tagesordnungspunkte gestrichen. U. a. wurden die Vorlagen „Gebührensatzung für die Benutzung von Kita-Einrichtungen“ und die „Gemeinsame Förderrichtlinie für die Bereiche Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung“ nicht behandelt. In den Fachausschüssen wurden die Vorlagen zum Teil abgelehnt, so dass hierzu nochmals Beratungsbedarf angemeldet wurde. Zu Beginn der Stadtratssitzung wurde Birgit Leibrich vom Vorsitzenden des Stadtrates vereidigt. Birgit „rutscht“ für Katharina Rommel in den Stadtrat nach und wird nun in unserer Fraktion mitarbeiten. Birgit Leibrich wird im Ausschuss für Ordnung und Umwelt sowie im Kulturausschuss arbeiten! Katharina Rommel hat ihr Studium beendet und nimmt eine Referendarstelle im Saarland an. Zu Beginn der Stadtratssitzung wurde ein Widerspruch der OB zu einer Entscheidung im letzten Stadtrat - hier: Beschluss zum Ausbau des Saaleradwanderweges behandelt. Der Grund war, dass im Antrag der GRÜNEN der Passus „Ausbau des Radwanderweges im Jahr 2011“ Inhalt war und auch so beschlossen wurde. Die OB widersprach, dieser Beschluss ist für die Stadt nachteilig, „weil er mit den Vorschriften des § 10 Abs. 2 und Abs. 3 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), die eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltswirtschaft im Sinne von § 90 Abs. 2 GO LSA sicherstellen soll, nicht vereinbar ist“. Angenommen wurde nun eine Variante, die den Ausbau des Saaleradwanderweges innerhalb des Zeit-

raumes des mittelfristigen Investitionsprogramms bis Ende 2013 festlegt. Eine intensive Diskussion ergab sich zum Grundsatzbeschluss „Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums“. Mit diesem Beschluss - er wurde mehrheitlich angenommen - wird das Technische Halloren- und Salinemuseum in eine freie Trägerschaft gegeben und bis zum 30.06.2011 soll ein Langfristkonzept für die Betreuung des Saline-Ensembles erarbeitet werden. In der nächsten Sitzung des Stadtrates soll dann ein untergesetzter Beschluss erfolgen. Bodo Meerheim kritisierte im Namen unserer Fraktion diese Vorlage als „peinlich“, weil in der vorliegenden Vorlage keine Aussagen zur Finanzierung und inhaltlichen Planung zu finden sind!

Ebenfalls für Diskussionen sorgte die Beschlussvorlage zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg. Die Vorlage wurde aber ebenfalls mehrheitlich beschlossen, die Sparkasse soll 130.000 EUR für das Kunstmuseum bezahlen. Unsere Fraktion stimmte der Vorlage zu. Im Vorfeld wurde in den Ausschüssen heftig debattiert, doch in der Stadtratssitzung passierte die Vorlage schnell ihren Weg und wurde, auch mit unseren Stimmen, angenommen: Wir werden am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft im Jahr 2012“ teilnehmen! Ebenfalls beschlossen wurde die Vorlage „Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Vorhaben ‘Salinebrücken’ im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2009“. Unsere Fraktion hat sich hier mehrheitlich enthalten, einige Stadträte haben auch dagegen ge-

stimmt. Der Grund: Die Verpflichtungsermächtigung passiert nachträglich für das Jahr 2009! Das geht noch, weil der Jahresabschluss für 2009 noch nicht bestätigt ist. Die Bebauungspläne - Neubau Brücke Franz-Schubert-Straße, Wohngebiet an der Bugenhagenstraße und „Sportareal am Gesundbrunnen“ wurden mehrheitlich, auch mit unseren Stimmen, beschlossen. Wir haben „mitgekämpft“, aber der Antrag der Fraktion MitBürger/Neues Forum zur Ausschreibung zum Verkauf der zwei Hochhäuser auf dem Riebeckplatz fand keine Mehrheit! Die Bürgerinitiative wird entscheiden, ob sie und wenn, wie weiter an dem Erhalt kämpft, wir haben Unterstützung zugesagt. Uwe Köck sprach für unsere Fraktion und meinte: „Wir wissen nicht wirklich, wofür die Hallenser sind. Deshalb wäre es Zeit für einen Bürgerentscheid“. Unser Antrag, der sich gegen die militärische Nutzung ziviler Infrastrukturen (hier geht es um den Flughafen Oppin) richtet, wurde abgelehnt. Auch der Antrag unserer Fraktion, einen technischen Beirat für die Abfallwirtschaft Halle-Lochau (Deponie) zu gründen, wurde abgelehnt. Unterstützen wollten wir einen Antrag der CDU-Fraktion, eine(n) Seniorenbeauftragte(n) für die Stadt Halle zu bestellen. Der Antrag wurde jedoch zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Im nicht öffentlichen Teil wurde mit großer Zustimmung der Vergabe des Stadionneubaus an das Bieterkonsortium G.P. Papenburg Hochbau GmbH/beton & rohrbau C.-F. Thymian GmbH & Co KG zugestimmt. Ute Haupt

## Buchtipps:

### **Eine Stadt erinnert sich Herbst 89 in Halle**

Die „Schritte zur Freiheit“ erfolgten durch verschiedene Personen und Gruppen, von unterschiedlichen Positionen aus. Diese Vielfalt, die jedoch letztlich in eine Richtung wirkte und das alte System stürzte. So heißt es in der Philosophie des Veranstaltungsprogramms zur Erinnerung an den Herbst 1989 in Halle, das vom 26. Oktober bis zum 7. November 2009 im Volkspark sowie in der gesamten Stadt von großem Publikumsinteresse begleitet wurde und für die das Gleiche gilt: Vielfalt brachte den Erfolg. Theater, Musik, Diskussion, Unterhaltung, Besinnung... Für alle, die nachstöbern möchten und für alle, die etwas verpassten: Dieses Buch zeichnet das Programm und die meisten Inhalte noch einmal nach.

2009. *Eine Stadt erinnert sich - Herbst 89 in Halle*, Herausgeber: Rüdiger Fikentscher und Christine Fuhrmann, hasenverlag, Softcover, 160 Seiten, 56 farbige und 31 s/w Bilder bzw. Abbildungen, ISBN: 978-3-939468-34-9, Preis: 12.80 Euro.

### **Warum Deutschland in Afghanistan scheitert**

Der verdrängte Krieg: Seit 2002 ist die Bundeswehr in Afghanistan - um das Land zu stabilisieren. Doch daran ist schon lange nicht mehr zu denken. Die Lage ist außer Kontrolle. Fast täglich hageln Raketen auf das deutsche Lager, werden Soldaten Opfer von

Sprengfallen und Hinterhalten. Am Hindukusch herrscht Krieg. Der ehemalige Nachrichtenoffizier Marc Lindemann war noch 2009 in Kunduz stationiert. Schonungslos analysiert er die begangenen Fehler: den versäumten Wiederaufbau und die Heuchelei der Politik, die den Einsatz lange als humanitäre Mission verkaufte. Er fordert von der Bundesregierung endlich Ehrlichkeit und ein klares Konzept.

„Sein Buch ist eine Anklage.“ (Spiegel Online)

Marc Lindemann

„*Unter Beschuss - Warum Deutschland in Afghanistan scheitert*“, econ, 288 Seiten, paperback, Preis: 18,95 Euro, ISBN: 978-3-430300-46-9.

### **„Der Warschauer Ghettokönig“**

Ab 2007 recherchierte Joachim Jahns zur Geschichte des Warschauer Ghettos, um einer gerichtlichen Klage zu widerstehen, die auf das Verbot der Autobiografie „Einganz gewöhnliches Leben“ von Lisl Urban zielte. Das Buch „Der Warschauer Ghettokönig“ ist ein Ergebnis seiner Recherchen.

Das Buch „Der Warschauer Ghettokönig“ verfolgt die Lebensgeschichte des ehemaligen Sozialdemokraten und SS-Hauptsturmführers Franz Konrad, der am 1. März 1906 in Liesing bei Wien geboren und am 6. März 1952 in Warschau als Kriegsverbrecher gehenkt wurde. Wer war dieser Mann, der im Warschauer Ghetto die so genannte Werterfassungs-

stelle leitete? Warum begann er sich für die jüdische Kultur zu interessieren und rettete das Kind der jüdischen Familie Brotheim? Weshalb konnte er sich aus dieser grausamen Maschinerie des sinnlosen Mordens dennoch nicht befreien? In dem Weltbestseller „Exodus“ behauptet der jüdisch-amerikanische Schriftsteller Leon Uris fälschlicherweise, Franz Konrad wäre im Warschauer Ghetto der „für die Sicherheit verantwortliche Mann“ gewesen und hätte für die Niederwerfung des Ghettoaufstandes geringschätzig nur drei Tage veranschlagt. Das Buch spürt den Ursachen nach, die zu diesen und anderen falschen Behauptungen führten und wirft die Frage auf, warum die Aussage Franz Konrads über die Liquidierung des Warschauer Ghettos, gemacht in amerikanischer Gefangenschaft, bisher nicht veröffentlicht wurde. Nach über sechs Jahrzehnten kann jetzt der Konrad-Bericht, in dem auch der tragische Tod des berühmten jüdischen Historikers Majer Balaban dokumentiert ist, gelesen und diskutiert werden.

Joachim Jahns,

„*Der Warschauer Ghettokönig*“, dingsdaverlag, 232 Seiten, geb., 24,90

Euro, ISBN 978-3-928498-99-9.



Alle Bücher können über den Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind (Tel.: 0345 5170956) bestellt werden. Innerhalb von Halle liefern wir portofrei aus.